

Im Gespräch mit den Hebammen aus dem Kreis Freudenstadt

Es sind schwierige Zeiten für die Hebammen im Kreis Freudenstadt. Im Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Timm Kern schilderten vier Hebammen ihre aktuelle Situation, die existenzbedrohend ist. Besonders durch die Erhöhung der Haftpflichtprämien, die sich laut dem Deutschen Hebammenverband e.V. (DHV) in 2012 auf 4242 Euro jährlich belaufen (2004 waren es 1352 Euro), haben viele Hebammen ihren Beruf aufgegeben. Auch die Hebammen aus dem Kreis blicken mit getrübttem Blick in die Zukunft. Anne Girrbaach sagt: „Es gibt bereits Städte, wo es keine Hebammen mehr gibt, die Hausgeburten durchführen. Die Nachfrage aber ist da. Wir bekommen Anfragen bis aus Karlsruhe, die wir absagen müssen.“ Conny Mantz ergänzt, „dass der Beruf der Hebamme nur noch als Hobby ausgeführt werden kann, weil wir die Arbeit leidenschaftlich gerne machen. Den Lebensunterhalt können wir uns nicht mehr erwirtschaften.“ Laut Heike Klumpp ist der exorbitante Anstieg der Haftpflichtprämie nicht auf eine Zunahme von geburtshilflichen Schadensfällen zurückzuführen. Dies bestätigt der DHV in der Veröffentlichung seiner Schadensmeldungen. Dr. Timm Kern (FDP) sieht besonders im unzureichenden Versicherungsangebot ein Problem. Laut den Hebammen gibt es nur noch eine Versicherung, die eine Gruppenhaftpflicht für die Berufsgruppe anbietet. Außerdem



Von links: Die Hebammen Magdalena Klein, Cornelia Mantz, Anne Girrbaach, Heike Klumpp (1. Vorsitzende Hebammenkreisverband Freudenstadt) und Dr. Timm Kern (FDP-Landtagsabgeordneter)

hat auch die letzte verbleibende Versicherung angekündigt, ab 2015 keine Hebammen mehr zu versichern, was eine Ausübung des Hebammenberufs unmöglich machen würde. Dr. Timm Kern dazu: „Der Staat schreibt eine Versicherungspflicht für Hebammen vor. Gleichzeitig fehlt ein ausreichendes Versicherungsangebot. Das halte ich für inakzeptabel.“ Die Hebammen sehen in dem Wegfall ihrer Arbeit das große Problem, dass Frauen die Wahlfreiheit genommen wird, wo sie ihr Kind auf die Welt bringen. Dazu der Liberale Dr. Timm Kern: „Wir müssen ein gesellschaftliches Bewusstsein für dieses Problem

schaffen. Nur durch den Erhalt der Tätigkeit von Hebammen stellen wir sicher, dass Frauen auch in Zukunft frei entscheiden können, wo sie ihr Kind zur Welt bringen wollen.“

Aktuelle Entwicklung:

Mittlerweile hat die Württembergische Versicherung den Hebammen ein Hilfsangebot gemacht. Dr. Timm Kern begrüßt dieses Angebot und hofft, dass es nun endlich eine nachhaltige Lösung im Sinne der Hebammen geben wird.

Michael Theurer im Interview

Frage: Michael Theurer, seit einem halben Jahr sind Sie Vorsitzender der baden-württembergischen FDP und das in einer Zeit, wo die Liberalen erstmals keine Bundestagsfraktion stellen. Wie geht's es Ihnen? Was gibt Ihnen Anlass zu Optimismus?

Michael Theurer: Wir spüren, dass den Menschen eine liberale Kraft im Land fehlt, und ich sehe es als meine Aufgabe in Baden-Württemberg, diesen freiheitlich gesinnten Menschen mit der FDP wieder eine politische Heimat zu geben. Liberale Politik brauchen wir im Land, Bund und auf Europäischer Ebene. Optimistisch stimmt mich zudem, dass wir mit unserer Politik in Europa viele für die Menschen wichtige Erfolge vorzuweisen haben, sei es bei der Garantie der Netzneutralität, der Abschaffung von Roaminggebühren, stärkeren Kontrollen der Ausgaben von EU-Mitteln durch die Mitgliedsstaaten und der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, endlich das zu tun, wofür wir Liberale jahrelang gekämpft haben – die Vorratsdatenspeicherung zu kippen.

Frage: Der Front National, die Alternative für Deutschland: In manchen Ländern Europas erstarken europakritische Parteien. Wo sehen Sie Europa, wo die größte Errungenschaft der Europäischen Idee?

Michael Theurer: In der Tat beobachten wir zurzeit einen Zuwachs an europakritischen Parteien. Das ist vor allem in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit und geringem Wirtschaftswachstum der Fall. Allerdings wird auch in wirtschaftlich stabilen Regionen von rechts- und linkspopulistischen Bewegungen die Angst vor Wohlstandsverlust geschürt. Diese Entwicklung ist beunruhigend. Gerade deshalb ist es von großer Wichtigkeit, den Menschen die Vorteile der Europäischen Idee immer wieder klar zu machen. Die größte Errungenschaft der Europäischen Union ist zweifelsohne der Frieden, der durch Kooperation, Vertrauen und Handel in Europa institutionalisiert werden konnte.

Frage: Nun sind Sie FDP-Landesvorsitzender. Sie engagieren sich seit vielen Jahren politisch bei der FDP, Sie waren einst auch Deutschlands jüngster Oberbürgermeister. Was ist Ihre persönliche Motivation für den sehr anstrengenden Job des Politikers?



Michael Theurer:

Als Vorsitzender der Liberalen in Baden-Württemberg und Abgeordneter im Europäischen Parlament habe ich, gerade auch vor den wichtigsten Europawahlen seit langem und den für uns ebenso wichtigen Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, ein straffes Arbeitspensum zu absolvieren. Trotz allem geht es mir sehr gut, ich habe Spaß an den zahlreichen Veranstaltungen und freue mich über das große Interesse an europäischen Fragen, das in letzter Zeit merklich zugenommen hat.

Frage: Sie waren 14 Jahre Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Horb am Neckar. Von welcher kommunalpolitischen Erfahrung profitieren Sie noch heute im Europäischen Parlament?

Michael Theurer: Für meine Arbeit im Europäischen Parlament ist die kommunale Verankerung sehr wichtig. Als kommunal- und regionalpolitischer Sprecher, aber auch in der EU-Haushaltskontrolle, habe ich von meiner Arbeit als Oberbürgermeister enorm profitiert. Als erster Bürgermeister aus Baden-Württem-

berg, der ins Europäische Parlament gewählt wurde, kann ich die Parlamentsarbeit aus einer Perspektive betrachten, die dort zuvor nicht repräsentiert war.

Frage: Nennen Sie uns bitte drei Themen, die aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen für die Europäische Union darstellen und unbedingt politisch angepackt werden müssen.

Michael Theurer: Bei vielen Gesprächen vor Ort im Rahmen meiner Zuhör-Tour haben sich drei Themen herauskristallisiert: Freiheit, Fairness, Mittelstand. Freiheit ist immer gefährdet. Das zeigt nicht nur die Situation in der Ukraine, sondern auch die Verfassungsänderungen in Ungarn oder die NSA-Affäre. Die FDP steht für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte. Es waren Liberale, die mit Erfolg gegen die Vorratsdatenspeicherung geklagt haben. Wir wollen ein Datenschutzabkommen mit den USA.

Und wir wollen Fairness. Europa ist ein Chancenkontinent. Wir wollen Chancen für jeden, statt Regeln für alles. Die FDP setzt sich für mehr Chancen durch bessere Bildung ein. Und wir wollen die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen. Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen. Auf meine Initiative hin hat die FDP im EP einen Mittelstandsdialo g gestartet. Wir kämpfen gegen überbordende bürokratische Auflagen und Regulierungen. So konnten wir die Bilanzierungs- und Wirtschaftsprüfungspflicht für Kleinst-Unternehmen verhindern. Bei der Bankenregulierung gilt unser Hauptaugenmerk der Finanzierung des Mittelstands, zum Beispiel setzen wir uns dafür ein, dass Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken nicht doppelt belastet werden. Insgesamt haben wir ein klares Ziel: Wir wollen mehr Europa in der Außen- und Sicherheitspolitik und beim Binnenmarkt. Wir wollen aber keine EU, die sich regulierend in alle Lebensbereiche einmischt. Wir wollen die Bürgerrepublik Europa!

Bildung im Kreis Freudenstadt

Vor Ort wird Schulpolitik konkret. Aus diesem Grunde ist es dem Abgeordneten Dr. Timm Kern sehr wichtig, sich regelmäßig durch viele Schulbesuche in Gesprächen mit Rektoren, Lehrern, Eltern und Schülern über die schulischen Entwicklungen in seinem Wahlkreis zu informieren. Dabei muss er leider immer wieder feststellen, dass die in Stuttgart von Grün-Rot durchgeführten Reformen zu Lasten der

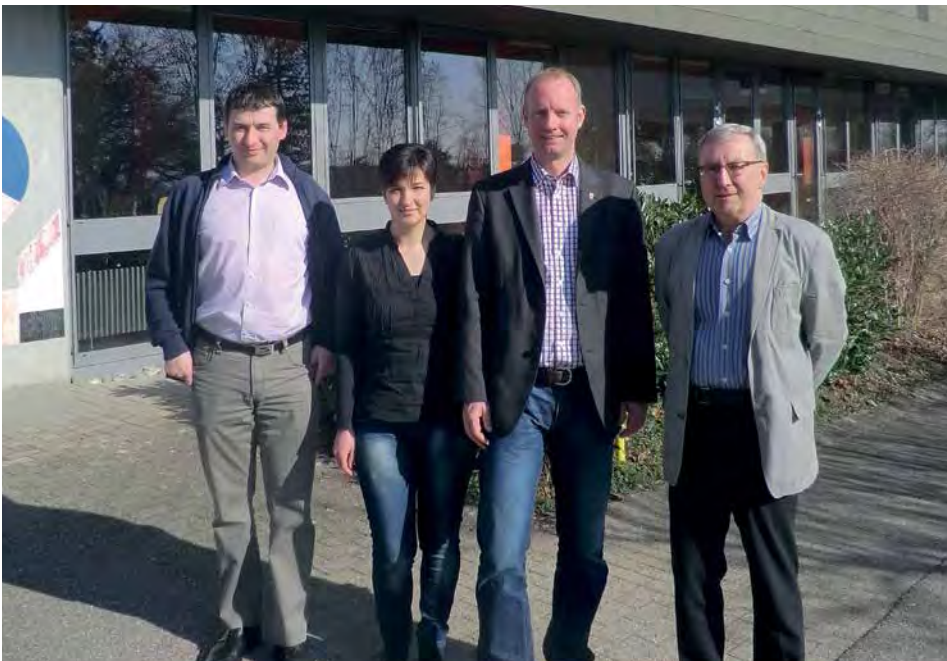
verbindlichen Rahmen zu einigen.“ Ein Beispiel für die einseitige Bildungspolitik unter Grün-Rot ist für den FDP-Politiker die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung. Über deren Auswirkungen unterhielt er sich kürzlich mit dem Rektor der Dornstetter Werkrealschule, Norbert Schatz. Dieser spürt die massiven Auswirkungen dieser Reform in seiner Schule und stellte im Gespräch mit großem Bedauern

berg. Auch im Kreis Freudenstadt gibt es bereits mehrere Gemeinschaftsschulen. „Die Gemeinschaftsschule halte ich als Ergänzung zum gegliederten Schulsystem für sehr sinnvoll, denn sie erhöht die Wahlfreiheit der Schüler und Eltern. Wenn diese Schulform aber finanziell deutlich stärker als andere Schularten, wie z. B. die Realschule, von Grün-Rot ausgestattet wird, so halte ich dies für ungerechtfertigt.

In der Bildungspolitik sollte es wie in einer Familie sein: Man darf keine Lieblings- und keine Stiefkinder haben. Die Gemeinschaftsschule ist aber das Lieblingsprojekt von Grün-Rot.“

Für Dr. Timm Kern ist es stattdessen sehr wichtig, v. a. die Realschulen und die beruflichen Schulen zu stärken, da sie für die Durchlässigkeit des Bildungssystems und für dessen Erfolg entscheidend sind. Stattdessen wird von Grün-Rot die demografische Not der Kommunen durch die stark zurückgehenden Schülerzahlen ausgenutzt, um der Gemeinschaftsschule zum Durchbruch zu verhelfen. Andere Vorschläge von den Verantwortlichen vor Ort werden meist rigoros abgelehnt, wie beispielsweise auch ein Vorstoß in Dornstetten: Für

den Schulstandort Dornstetten sah Norbert Schatz die Möglichkeit einer Kooperation der Realschule mit der Werkrealschule in Form einer Verbundschule. „Dies wäre eine Chance, beide Schulen zu stärken und längerfristig beide Bildungswegen zu erhalten. Mir liegen diese Kinder am Herzen. Sie haben unseren Einsatz verdient!“, bekannte der Schulleiter der Werkrealschule. Von Seiten der Stadt Dornstetten hat es für diese Kooperation auch bereits Anfragen an das Kultusministerium gegeben; jedoch wurden diese mit dem Verweis auf die unsicheren Anmeldezahlen an der Werkrealschule abgewiesen. Schulverbände werden derzeit vom Kultusministerium kaum zugelassen.



Dornstetter Hauptamtsleiter Oliver Zwecker, Elternvertreterin Sonia Goncalves, Landtagsabgeordneter Dr. Timm Kern und Rektor der Dornstetter Werkrealschule Norbert Schatz

Schulen gerade im ländlichen Raum gehen. „Wir brauchen endlich eine verlässliche Schulpolitik mit Planungssicherheit für die Entscheidungsträger vor Ort“, so Dr. Timm Kern. In seinen Gesprächen kommt immer wieder zum Ausdruck, dass die vielen überstürzten Reformen von Grün-Rot die Schulen vor Ort zum Teil massiv belasten. Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2011 ist es zu massiven Veränderungen in der Bildungspolitik gekommen, die dauerhafte Planungen für die Betroffenen erschweren. Aus diesem Grund hält es der liberale Landespolitiker Dr. Timm Kern für dringend notwendig, „möglichst rasch einen Schulfrieden zu schließen und sich parteiübergreifend endlich auf einen bildungspolitisch

fest, dass durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung die Anmeldezahlen an seiner Werkrealschule drastisch gesunken sind – ein Regierungsbeschluss, der nach Ansicht von Dr. Timm Kern „unvorbereitet und völlig überstürzt vollzogen wurde.“ Rektor Norbert Schatz legte dar: „Während wir bisher zwei starke Klassen in jeder Jahrgangsstufe hatten, ist es aktuell nur noch ein Zug mit 15 Schülern.“ - eine dramatische Entwicklung, die der FDP-Landespolitiker Dr. Timm Kern zurzeit in ganz Baden-Württemberg feststellt.

Für eine weitere überstürzte Reform hält der Bildungspolitiker Dr. Timm Kern die Einführung der Gemeinschaftsschule in Baden-Württem-

Fortsetzung: Bildung im Kreis Freudenstadt

Es gibt aber auch erfreuliche Entwicklungen im Bildungsangebot des Landkreises Freudenstadt: Mit der Erweiterung und Modernisierung der Berufsschulzentren in Freudenstadt und Horb wurde das Bildungsangebot im Landkreis Freudenstadt insgesamt deutlich gestärkt. Durch die Ansiedlung des umwelttechnischen Gymnasiums in

den“, so seine Forderung, womit er vor allem den „festgefahrenen Fächerkanon“ meinte. Für Dr. Timm Kern sind die beruflichen Gymnasien mit ihren ausdifferenzierten Varianten (technisch, wirtschaftlich, sozial) unverzichtbarer Bestandteil des gegliederten Bildungswesens in Baden-Württemberg, für dessen Erhalt er sich sehr stark im Landtag

erhalten, um so kurze Schulwege gewährleisten zu können.“

Die Gespräche mit den Schulen vor Ort sind Dr. Kern auch deshalb sehr wichtig, um nicht nur Rückmeldungen zu erhalten, sondern auch, um neue Ideen oder gute Vorschläge mit in den Stuttgarter Landtag zu nehmen. Beispielsweise schlug Schulleiter Michael Leimbach vor, nach der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung als Sofortmaßnahme das freiwillige Sitzenbleiben einzuführen, ohne dass dies als „echtes Sitzenbleiben“ gezählt würde. „Dadurch nehmen wir den Schülern den großen Leistungsdruck und würden ihnen die freiwillige Möglichkeit geben, ihre Lerndefizite in schwierigen Fächern auszugleichen“, erklärte Schulleiter Michael Leimbach. Diese überlegenswerte Maßnahme möchte Dr. Timm Kern (FDP) aufgreifen: „Es wäre ein wichtiges Signal, dass trotz der Einführung von G8 an den allgemeinbildenden Gymnasien jeder Schüler ein Stück weit sein eigenes Lerntempo bestimmen kann.“

Wichtig ist Dr. Timm Kern auch, dass bei der Einführung von Ganztageschulen in Baden-Württemberg das Wahlrecht der Eltern und Schüler respektiert wird. Dabei müssen für ihn auch die Interessen der vielen Vereine und kirchlichen Jugendorganisationen berücksichtigt werden. Es kann nicht sein, dass die vielen Ehrenamtlichen dann die Betreuung der Kinder ehrenamtlich an den Schulen übernehmen.

Dr. Timm Kern wirft der grün-roten Landesregierung vor, die Folgen ihrer Bildungspolitik für die Kommunen des Landes fahrlässig zu ignorieren. Vielerorts komme es zur Kannibalisierung von Schulstandorten, weil jede Kommune verständlicherweise versucht, ihren Schulstandort zu erhalten und es bislang keine sinnvolle, abgestimmte regionale Schulplanung gibt. Dies führt mancherorts zu Fehlinvestitionen.



Dr. Timm Kern und Michael Leimbach, Rektor des Dornstetter Gymnasiums

Horb wurde das Bildungsangebot im Landkreis Freudenstadt gestärkt. Dies hatte der Landtagsabgeordnete Dr. Timm Kern bereits in seinem Wahlkampf gefordert. „Gerade die beruflichen Gymnasien leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum differenzierten Bildungssystem in Baden-Württemberg!“, so der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion. Dies bestätigte ihm auch kürzlich der Schulleiter des Dornstetter Gymnasiums Michael Leimbach in einem Gespräch. Michael Leimbach, der nach diesem Schuljahr in den Ruhestand gehen wird, stellte fest, dass die beruflichen Gymnasien deutlich praxisnäher auf die Bedürfnisse jungen Menschen reagieren könnten als die allgemeinbildenden Gymnasien: „Wir müssen noch lebensnah wer-

einsetzt. „Die beruflichen Gymnasien sind für die Durchlässigkeit unseres Bildungswesens unverzichtbar“, sagte Dr. Timm Kern, der sich im Landtag immer wieder als leidenschaftlicher Kritiker der grün-roten Bildungspolitik zu Wort meldet.

Auch bei dem geplanten Gesetzesvorhaben der grün-roten Landesregierung zur regionalen Schulentwicklung plädiert der Liberale Dr. Timm Kern dafür, die Entscheidung über die Planung der Schulstandorte weitestgehend an die Betroffenen vor Ort zu übergeben. „Die Schullandschaft in der Stuttgarter Stadtmitte ist nicht mit den eher ländlich geprägten Regionen im Kreis Freudenstadt zu vergleichen. In unserem Kreis macht es zum Beispiel viel mehr Sinn, auch kleine Schulen zu

Tiere sind leider oft „Wegwerfware“

Dr. Timm Kern besuchte das Freudenstädter Tierheim

Dr. Timm Kern wollte sich direkt vor Ort aus erster Hand über die Situation des Tierschutzes im Landkreis Freudenstadt informieren und traf sich daher mit Rudolf Müller, dem 1. Vorsitzenden des Tierschutzvereins Freudenstadt, zu einem Besuch im Tierheim. Rudolf Müller zeigte dem Landespolitiker das Gelände und die Gebäude des Tierheims. Zwar sei die finanzielle Situation des Tierschutzvereins mit seinen ca. 400 Mitgliedern nicht leicht, denn die laufenden Kosten des Tierheims könnten über die Mitgliedsbeiträge und die Zuschüsse des Landkreises nicht erwirtschaftet werden, allerdings profitiere der Verein auch vom großen ehrenamtlichen Engagement seiner Mitglieder und Unterstützer und außerdem kämen glücklicherweise hin und wieder auch Erbschaften oder Spenden von Geburtstagsfeiern als finanzielle Unterstützung hinzu.

Sehr zufrieden zeigte sich Rudolf Müller darüber, dass die Erweiterung des Hundehauses nun fast fertig sei. Lob gab es von ihm an die Landesregierung, da es für diesen Umbau eine wichtige finanzielle Unterstützung gegeben hätte. Im Gespräch mit dem Abgeordneten Dr. Timm Kern (FDP) kritisierte Rudolf Müller, dass Tiere heute leider verstärkt als Wegwerfware betrachtet würden: Der Entschluss, ein Haustier, egal ob Hund oder Katze, einfach im Tierheim abzugeben, werde heute viel schneller gefasst als früher. „Wenn ein Hund zum Beispiel nach sieben Jahren von



seinem Besitzer einfach weggegeben wird, leidet dieses Tier enorm und kommt über den Verlust seiner vertrauten Umgebung kaum hinweg“, so der Vorsitzende des Freudenstädter Tierschutzvereins. Im Jahr 2010 landeten so bundesweit 296.400 Tiere in Tierheimen.

Deutlich verbessert hätte sich dagegen in den letzten Jahren die Situation in der Nutztierhaltung. Gerade junge Landwirte hätten heute großes Verständnis für eine moderne, artgerechte Tierhaltung. Auch das Verhältnis zwischen Tierschutz und Jägern sei im Landkreis Freudenstadt sehr entspannt.

Mit auf den Weg in den Landtag wollte Rudolf Müller dem Abgeordneten Dr. Timm Kern eine Kastrationspflicht für Katzen geben. Das Land Baden-Württemberg sollte auf

diesem wichtigen Gebiet gesetzgeberisch tätig werden. Dass sich das Tierheim in Freudenstadt großer Beliebtheit erfreue und die Arbeit der Tierschützer von der Bevölkerung anerkannt werde, könne man nach den Worten Müllers auch daran erkennen, dass das Ferienprogramm des Tierheims immer sehr schnell ausgebucht sei, worüber er sich natürlich sehr freuen würde.

Am Ende seines Informationsbesuchs dankte der Landtagsabgeordnete Dr. Timm Kern (FDP) Rudolf Müller sehr für die vielen interessanten Informationen. „Ich danke Ihnen und Ihren Mitstreitern sehr für Ihre wichtige Arbeit. Es ist gut zu wissen, dass geschundene Tiere hier eine professionelle Anlaufstelle finden können. Sollten Sie in Zukunft politische Unterstützung brauchen, würde ich mich freuen, wenn Sie sich an mich wenden würden.“



Bundesweit gehen viel zu wenig Menschen Blutspenden (ca. 3,5%).

In regelmäßigen Abständen finden Blutspendaktionen des DRKs statt, auch bei Ihnen vor Ort.

Das Bild ist von meinem 35. Blutspendetermin, der letztes Jahr im Landtag stattfand. Dies war

für uns Abgeordnete sehr praktisch, weil wir zwischen den vielen Terminen unproblematisch daran teilnehmen konnten.

Deshalb meine Bitte:

Spenden auch Sie Blut! Sie helfen damit, dass Menschen im Notfall entsprechend versorgt werden können.

Und: Keine Angst - es tut ja (fast) überhaupt nicht weh...

Pressemitteilungen

7. April 2014 | Schülerzahlen

Kern: Grün-Rot hat den demographischen Wandel nicht zu verantworten, hat aber seine Auswirkungen auf die Schulträger verschärft

Bei der grün-roten regionalen Schulentwicklung erhalten die Kommunen keine echten Entscheidungsrechte, sondern lediglich den Schwarzen Peter Schulschließungsentscheidungen.

Zur Bekanntgabe des Kultusministeriums, wonach die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg weiter zurückgeht, sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Timm Kern:

„Grün-Rot hat zweifellos den demographischen Wandel nicht zu verantworten, hat aber durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulpflicht seine Auswirkungen auf die Kommunen und ihre Schulstandorte wesentlich verschärft. Es ist ein Treppenwitz, wenn Grüne und SPD nun sagen, sie hätten die Gemeinschaftsschule entwickelt, um dem demographischen Wandel zu begegnen. Denn es wäre in keiner Weise notwendig gewesen, eine schulorganisatorische Regelung im Hinblick auf sinkende Schülerzahlen mit dem pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule zu verknüpfen. Im Gegenteil, die Koalition hat die demographische Not der Kommunen ausgenutzt, um das pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschule den Schulträgern aufzunötigen. Die von Grün-Rot gezielt zeitverzögert vorgelegte regionale Schulentwicklung ist im Grunde genommen nur ein groß angelegtes Schulschließungsprogramm mit Beteiligungsfeigenblatt. Denn die Verantwortlichen vor Ort erhalten keine umfassende Gestaltungsfreiheit für ihr Schulangebot, sondern dürfen lediglich bei anstehenden Schulschließungen die Verantwortung übernehmen.“

9. April 2014 | GEW-Umfrage

Kern: „Unzufriedenheit unter den Lehrern sollte Grund genug für Korrektur der Bildungspolitik sein“

Da Kultusminister Stoch den Kurs von Grün-Rot bislang nicht ändern wollte, besteht aber wenig Grund zur Hoffnung.

Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Timm Kern, sagte zur GEW-Umfrage zur Unzufriedenheit unter den Lehrern: „Die erschütternde Stimmungslage in den baden-württembergischen Lehrerzimmern müsste für die grün-rote Landesregierung Grund genug sein, ihre Bildungspolitik ganz grundsätzlich zu überdenken. Wenn die Praktikerinnen und Praktiker vor Ort in solch hohem Maße unzufrieden sind, bestätigt das die Befürchtung, dass Grün-Rot mit unangemessener Geschwindigkeit, mit den falschen Prioritäten, mit ideologischer Brille vor den Augen und mit dem Unvermögen, die Bedürfnisse des Bildungswesens zu erkennen, unterwegs ist. Da aber auch der aktuelle Kultusminister Stoch den schädlichen Kurs seiner Koalition bislang nicht korrigieren wollte, besteht wenig Grund zur Hoffnung auf Besserung in Zukunft.“

10. April 2014 | Jugendarbeit

Kern: „Nicht nur mit Verbänden des Sports, sondern auch mit der Musik, Kunst und Jugendarbeit Vereinbarungen treffen“

FDP-Fraktion begrüßt Kooperationsvereinbarung mit den Sportvereinen als Schritt in die richtige Richtung.

In einer Landtagsdebatte zum Thema „Wenn Sport Schule macht – Sportvereine in Baden-Württemberg sind jetzt Partner beim Ausbau der Ganztagschule“ sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dr. Timm Kern: „Als Lehrer kennt man folgenden Trick, um seine Klasse zum Lesen zu ermuntern: „Schockt eure Eltern, indem ihr ein Buch lest!“ In ähnlicher Weise

verfolgen wir in dieser aktuellen Debatte den Grundsatz: „Schocke die Regierung, indem du sie lobst!“

Die Anwendung dieser Strategie ist uns bei der Kooperationsvereinbarung mit dem Sport leicht gefallen. Denn eine Rahmenvereinbarung mit den außerschulischen Partnern ist eine alte Forderung der FDP-Fraktion. Ich erinnere mich noch gut an die von uns beantragte Aktuelle Debatte vor ziemlich genau zwei Jahren, am 18. April 2012, zur Weiterentwicklung der Kooperation Schule – außerschulische Partner. Damals haben Sie von Grünen und SPD die Relevanz unserer Aktuellen Debatte bestritten. Inzwischen haben Sie aber eigene Kooperationsvereinbarung vorgelegt. Das zeugt von einem beachtlichen Lernfortschritt. Und einen Lernfortschritt gilt es zu loben – auch wenn Ihnen solch ein Lehrerverhalten im Lichte der Gemeinschaftsschulpädagogik altbacken erscheinen mag.

Ich meine das mit dem Lernfortschritt sehr ernst. Denn die jetzigen Regierungsfaktionen haben sich seinerzeit von den Oppositionsbänken aus reichlich abfällig über die offene Form der Ganztagschule und ihre Einbeziehung von Ehrenamtlichen geäußert. Grüne und SPD geißelten die offene Ganztagschule als Sparversion. Und die Ehrenamtlichen würden nur in der Not einbezogen. Dabei wollten die damaligen Oppositionsfaktionen nicht wahrhaben, dass es ausnahmsweise einmal nicht in erster Linie ums Geld ging, sondern um die Einbettung der Schule in einen gesellschaftlichen Zusammenhang. Denn gerade weil die Ganztagschule einen größeren Teil der Lebenszeit der Schülerinnen und Schüler in Anspruch nimmt und dadurch weniger Zeit für Musik, Sport oder Jugendangeboten bleibt, sind die außerschulischen Partner an der Schule umso wichtiger. Die Kooperationen mit den Vereinen und Verbänden bilden eine neue Brücke in die Gesellschaft, nachdem die alte Brücke zwangsläufig seltener betreten wurde.

Ausdrücklich begrüßen wir Liberalen auch den gewählten Weg für die Kooperationsbetriebe. Dass die Hälfte der für Ganztagsbetreuung zugewiesenen

Pressemitteilungen

Stunden zum Zweck der Bezahlung der Übungsleiter aus den Sportvereinen in Geld umgewandelt werden kann, entspricht unserem Leitbild einer Schule, die ihr Personal in eigener Verantwortung auswählt und einsetzt. Allerdings muss sich zügig zur Rahmenvereinbarung mit dem Landessportverband auch die Vereinbarung mit den Verbänden aus den Bereichen Musik, Kunst und Jugendarbeit gesellen. Das ist mehr als ein Gebot der Fairness, denn ungleiche Startzeiten oder Startbedingungen könnten das Kooperationsgefüge an einer Schule in eine ordentliche Schiefelage bringen. Und es ist ja sicherlich nicht beabsichtigt, einen Bereich – in diesem Fall den Sport – gegenüber den anderen Bereichen zu privilegieren. Auch ist es wichtig, dass die außerschulischen Partner von Anfang an dabei sind, wenn die Ganztagschulen aufgebaut werden. Lassen Sie die Kooperationen nicht Stückwerk bleiben und bringen Sie die noch ausstehende Vereinbarung Musik, Kunst und Jugendarbeit auf den Weg. Für eine Ganztagschule in gesellschaftlicher Verankerung ist das unerlässlich.“

30. 4. 2014 | Schulentwicklung

Kern: „Grün-rotes Gesetz zur regionalen Schulentwicklung sollte besser „Schulschließungsbeschleunigungsgesetz“ heißen“

Aus Sicht der FDP-Fraktion hätte eine echte regionale Schulentwicklung der erste Schritt von Bildungsreformen sein müssen – gezielte Verschleppung durch Grün-Rot.

In einer Landtagsdebatte über den grün-roten Gesetzentwurf zur regionalen Schulentwicklung sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dr. Timm Kern:

„Dass die Koalition überhaupt noch ein Gesetz zur regionalen Schulentwicklung vorlegt, hat leider wenig damit zu tun, dass Grüne und SPD ihr Herz für das Prinzip der Subsidiarität und der Eigenverantwortung vor Ort entdeckt hätten. Es muss vielmehr als Tätigkeitsnachweis zur ‚Politik des Ge-

hörtwerdens‘ verstanden werden. Die grün-rote Bilanz der 15. Legislaturperiode hätte einen entscheidenden Schönheitsfehler, wenn das zentrale Projekt, die Abschaffung des gegliederten Schulwesens in Baden-Württemberg sich in Wahrheit als eine gesteuerte Revolution von oben über den Willen und die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg erweisen würde. So wird von der grün-roten Koalition noch schnell ein Feigenblatt nachgeschoben, das sie regionale Schulentwicklung nennt. Gleichzeitig sind schon 209 Gemeinschaftsschulen ohne regionale Abstimmung eingerichtet worden, bevor der Gesetzentwurf eingebracht wurde.

Für die Einrichtung der Gemeinschaftsschulen hat man die demographische Not der einzelnen Kommunen ausgenutzt und somit genau auf das Gegenteil von Abstimmung in einer Region gesetzt.

Im Grunde genommen hätte es umgekehrt sein müssen. Ein Prozess der regionalen Schulentwicklung hätte stattfinden müssen, bevor die Regierung mit dem Umgraben des Bildungswesens beginnt. Dies ist Grün-Rot natürlich bewusst. Beweis dafür ist, dass um vom eigenen Versagen abzulenken, schon beinahe wie in einem Ritual die CDU/FDP-Vorgängerregierung bemüht wird.

In diesem Fall macht die grün-rote Koalition geltend, die Vorgängerregierung hätte auch keine regionale Schulentwicklung auf den Weg gebracht. Es kann sein, dass die damalige Landesregierung in diesem Fall zu zaghaft vorgegangen ist und die Bildungsregionen nicht konsequent ausgebaut wurden, was aus Sicht der FDP bedauerlich ist. Aber in einem entscheidenden Punkt hat das grün-rote Geschichtsbild einen Konstruktionsfehler. Die damalige CDU/FDP-Landesregierung hatte allerdings auch nicht vor, das gesamte Bildungswesen in Baden-Württemberg auf den Kopf zu stellen, wie Grün-Rot dies aber seit drei Jahren tut.

Wenn das Argument mit der alten Landesregierung nichts mehr hergibt, muss schnell ein neuer Sündenbock her. Da fällt die Wahl meist auf die zurückgetretene Kultusministerin

Warminski-Leitheußer. Man sei am Anfang der Legislatur in der Bildungspolitik etwas zu schnell vorgegangen, räumt in diesem Fall der grüne Ministerpräsident ein. Diese politische Argumentation ist an Scheinheiligkeit kaum noch zu überbieten, denn Frau Warminski-Leitheußer hat nichts anderes getan, als die Politik der grün-roten Regierung in die Tat umzusetzen.

Diese besteht daraus, möglichst schnell möglichst viel vom grünen Projekt Gemeinschaftsschule umzusetzen.

Bereits für den Oktober 2012 hatte Ministerpräsident Kretschmann ein Konzept zur regionalen Schulentwicklung angekündigt. Am 23. Juli 2013 wurden die Eckpunkte für die regionale Schulentwicklung verkündet und erst heute wird ein Gesetzentwurf im Landtag vorgelegt. Für Herrn Minister Stoch hätte die regionale Schulentwicklung sein Meisterstück werden können. Das hätte mutiges, entschlossenes Handeln erfordert. Er hätte die zweite und dritte Tranche der Gemeinschaftsschule zurückstellen müssen, wie es die FDP/DVP-Fraktion gefordert hat und zunächst eine regionale Schulentwicklung auf den Weg bringen sollen, die diesen Namen auch verdient.

Dann die Deputate und Zuschüsse in Gestalt eines Budgets zur Verfügung stellen, Ganztagsbetreuung und Inklusion integrieren und den Verantwortlichen vor Ort die Entscheidung über das Schulangebot überlassen sollen. Das wäre ein Paradigmenwechsel gewesen, ein echter Ansatz für einen Schulfrieden.

Was aber abgeliefert wurde, ist kein beherztes Meisterstück, sondern ein halbherziger Tätigkeitsnachweis ohne jeglichen Mehrwert, der nur zusätzliche Unruhe stiftet in einem Bildungswesen, das Grün-Rot ohnehin schon sehr zu dessen Schaden in Unruhe versetzt hat.“

Da der Gesetzentwurf bislang nur pauschal als „Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes“ bezeichnet wird, schlägt die FDP-Fraktion als Titel vor: ‚Zweites grün-rotes Gesetz zur Beschleunigung von Schulschließungen und zur schnelleren Etablierung von Gemeinschaftsschulen allerorten‘.

Aufregende Praktikumswoche beim Landtagsabgeordneten Dr. Timm Kern in Stuttgart



„Ich war sehr verwundert, wie viel Arbeit für einen Landtagsabgeordneten so anfällt“, so berichtete der junge Praktikant Senad Mustafa über sein eineinhalbwöchiges Praktikum bei dem Landtagsabgeordneten Dr. Timm Kern (FDP) in Stuttgart. Senad ist 17 Jahre alt und geht auf das Wirtschaftsgymnasium in Freudenstadt. Über eine politische Veranstaltung der FDP lernte er Dr. Timm Kern kennen und sein Wunsch, ein Praktikum bei ihm zu machen, entstand. Viele Aufgaben erwarteten den Praktikanten im Stuttgarter Büro wie beispielsweise die Erstellung von Positionspapieren, Recherchieren von Informationen, Telefon-, und Terminverwaltung. „Am meisten faszinierte mich, der enorme Organisationsaufwand im Hintergrund, um sowohl die Termine zu koordinieren als auch Herrn Kern für die Termine und Themen vorzubereiten“, so Senad Mustafa weiter, „Ich hätte nicht gedacht, dass Herr Kern so viel private Zeit auch abends und an den Wochenenden für seine Arbeit als Landtagsabgeordneter investieren muss. Für mich war es ein toller Einblick in die politische Arbeitswelt. Überrascht war ich von der guten und einladenden Stimmung unter den Politikern auch von unterschiedlichen Parteien. Ich werde mein politisches Interesse weiterhin auf jeden Fall beibehalten.“ Senad Mustafa organisierte unter anderem auch einen Schulbesuch von Dr.

Timm Kern bei seiner Schulklasse. Zusammen wollen sie dann in einer Art „Landtagsdebatte“ über aktuelle Themen diskutieren und Fragen an den Abgeordneten stellen.

Schon immer hatte Dr. Timm Kern ein sehr großes Interesse daran, jungen Leuten einen Einblick in die Politik zu bieten. Deshalb waren schon viele Praktikanten bei ihm im Stuttgarter Büro oder begleiteten ihn bei Terminen. Auch nach Senad Mustafa geht es im Büro Kern nahtlos weiter. Diese Woche wird er von einer jungen BOGY (Berufsorientierung an Gymnasien) –Praktikantin aus dem Raum Reutlingen begleitet. Sowohl die FDP/DVP- Fraktion als auch Dr. Timm Kern freuen sich jederzeit über neue Bewerbungen von Praktikantinnen und Praktikanten. „Ich finde es sehr wichtig, besonders jungen Menschen die Chance zu geben, einen Einblick in die Politik und den Landtag zu bieten. Auch für uns Abgeordnete sind Praktikanten eine Chance, denn sie bringen neue Ideen und frischen Wind in unser Team. Eigenverantwortlichkeit und Selbstständigkeit fordere ich gezielt ein. Je nachdem, ob der Praktikant noch zur Schule geht oder schon studiert hat, gibt es einen anderen Ablaufplan“, so der ehemalige Gymnasiallehrer Dr. Timm Kern zu seinem Wunsch, möglichst vielen jungen Menschen die Chance eines Praktikums geben zu können.

Praktikanten immer willkommen

Du hast Interesse an Politik und wolltest schon immer einmal einen Blick hinter die Kulissen der politischen Arbeit werfen? Dann melde Dich doch bei uns!

Wir suchen regelmäßig Praktikanten, die uns unterstützen und frischen Wind mit Ihren eigenen Ideen ins Team bringen. Das Praktikum findet im Stuttgarter Landtag statt. Neben dem Besuch von Plenar- und Ausschusssitzungen kannst Du auch den Abgeordneten zu einigen seiner Termine begleiten und auch im Büro warten einige Aufgaben auf Dich! Wenn Du glaubst, der richtige für unser Kern-Team zu sein, dann melde Dich doch einfach bei uns:

Mail: info@timm-kern.de
Telefon: 0711 -2063 933

Wir freuen uns auf Dich und Deine Bewerbung!

Impressum/Kontakt

v.i.S.d.P.:

Dr. Timm Kern, MdL

Schillerstraße 14
72160 Horb a.N.
07451 – 553 97 49
info@timm-kern.de

Fotos: Timm Kern, FDP

Mehr unter
www.timmkern.de